

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto bezug nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Streifenband drucken für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtspaltige Nonparillspalte oder deren Raum kostet 6,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

# GR E I H E I T

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Was wird in Spaa?

### Die zweite Sitzung

Spaa, 6. Juli.

Die zweite Sitzung der Konferenz wurde heute nachmittags 4 1/2 Uhr in Anwesenheit zahlreicher militärischer und maritimer Sachverständiger eröffnet. Von deutscher Seite nahmen auch Reichswehrminister Dr. Gehler und General von Seeckt daran teil.

Berlin, 6. Juli.

Der Reichsminister der Justiz Dr. Geisinger ist heute abend brüchig Teilnahme an der Konferenz in Spaa in Begleitung des Reichsanwalts Richter von der Reichsanwaltschaft in Leipzig abgereist.

### Die Danziger Frage abgelehnt

Spaa, 6. Juli.

Von zuständiger deutscher Seite wird mitgeteilt: Bei der gestrigen ersten Sitzung der Konferenz war als letzter Programmpunkt die Danziger Frage aufgestellt worden. Die deutsche Delegation hatte dagegen keinen Einspruch erhoben, da angenommen werden konnte, daß in Verbindung damit sämtliche schwebenden Fragen erörtert werden sollten. Da es sich um ein Mißverständnis handelte, ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden und die bereits hergeleiteten Sachverständigen werden ihre Reise hierher nicht antreten.

### Die Ansprüche Italiens

Spaa, 6. Juli. (Savas-Reuters.)

Nach Schluß der Zusammenkunft prüften die Finanzsachverständigen die italienische Note, in der der Standpunkt der Italiener in der Frage der Verteilung der Wiedergutmachung auseinandergesetzt wird. Das lange Schriftstück nimmt die in Brüssel und Boulogne von Bertolini gemachten Darlegungen wieder auf, wonach die von den verschiedenen feindlichen Mächten verlangten Teilschulden ein gemeinsames Pfand bilden sollen, in das sich alle Mächten im Verhältnis zu ihren Ansprüchen zu teilen haben. Ohne Bezug darauf zu nehmen, daß der Italien zugewiesene Anteil an der deutschen Entschädigung 10 Prozent betragen soll, stellt die italienische Note als Vorbedingung für die Zustimmung Italiens den Grundsatz auf, daß sein Anteil nicht weniger als vier Milliarden betragen soll. Außerdem soll Italien ein Vorkaufsrecht bei jeder Verteilung der von Österreich und Ungarn geforderten Summen haben und besonders eine Erhöhung seines Anteils an der österreichischen Tonnage.

Ueber die Konferenz von Spaa kursieren die verschiedensten Gerüchte und Ansichten. Ein ganzes Heer von Journalisten ist in Bewegung, um der Welt den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz je nach Gefinnung und Verlangen mitzuteilen. Bis jetzt gab es noch nichts, um die allgemeine Spannung zu befriedigen und die Journalisten hatten sich mit allerlei Stimmungsbildern und Mutmaßungen über den Mangel an Sensationen.

Die Konferenz hat nun gestern nachmittags nach Eintreffen des Reichswehrministers Gehler und Herrn v. Seeckt begonnen. Es ist kein Zufall, daß die Entente die Entwaffnungsfrage vorweg erledigt wissen will. Es ist anzunehmen, daß sie bei der Entwaffnung unerbittlich bleiben wird, um bei den finanziellen Bedingungen mit sich reden zu lassen. So muß werden die Männer der Entente inzwischen aufgewacht sein, daß es unmöglich ist, Deutschland zur Erfüllung der finanziellen Vertragsbedingungen zu zwingen, ohne ihm gewisse Erleichterungen der Zahlungsbedingungen, eine vernünftige Festsetzung der endgültigen Wiedergutmachung und völlige Freiheit zum Weltverkehr zu gewähren. Aber es ist zweifellos, daß sich in Kombinationen über die Absichten der Entente zu ergeben. Der tatsächliche Verlauf und die Beschlüsse der Konferenz werden uns zeigen, ob und in welcher Weise die Einsicht von der Unhaltbarkeit des Versailles-Vertrages in den Ententekreisen gestiegen ist oder ob noch einmal das starre Bestehen auf dem Schein gesiegt hat.

Aber über die Verhandlungen in Spaa hinaus können wir heute schon sagen, daß sie keinesfalls den ersichtlichen Zustand der politischen und wirtschaftlichen Beruhigung Europas bringen werden. Die kapitalistischen und imperialistischen Interessengegenstände sind zwischen den Siegerstaaten noch längst nicht gemildert, geschweige denn beigelegt. Dazu kommen die innerpolitischen Schwierigkeiten, die sich in der wachsenden Aktivität der Arbeiterschaft der einzelnen Länder äußern. Es kommt hinzu das russische Problem, ohne dessen Lösung an eine Stabilisierung der europäischen Verhältnisse nicht zu denken ist.

Die Arbeiterschaft wird also gut tun, sich über die Konferenz von Spaa keinerlei Illusionen hinzugeben. Man sucht sich dort „kapitalistisch“ zu verständigen und wird, trotz der schönsten Reden, stehen bleiben, wie man bis jetzt trotz aller Friedensschlüsse stehen geblieben ist und Europa heute immer noch in einem latenten Kriegszustand sich befindet. Die großen weltgeschichtlichen Fragen, die in Spaa zu lösen sind, können nur im Sinne und in der Praxis des Sozialismus erledigt werden.

### Hugo Stinnes bei Millerand

Paris, 6. Juli. (Savas.)

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Spaa telegraphiert seinem Blatte: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn in dem französischen Quartier. Stinnes setzte Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete auseinander. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entworfene System der internationalen Mitwirkung.

Es ist nicht ohne Interesse, daß Hugo Stinnes, der Urheber der Ausraubung der französischen und belgischen industriellen Werke und der Deportationen der belgischen und nordfranzösischen Bevölkerung, sich mit Millerand über den Wiederaufbau bespricht. Es kennzeichnet den ganzen Wahnsinn dieses Krieges, daß derselbe Mann, der die Notwendigkeit der Zerstörung als im Interesse der Landesverteidigung liegend bewies und sie ohne Rücksicht auf persönliche und materielle Opfer der Betroffenen und ohne jede Voraussicht auf die zukünftige Gestaltung der internationalen Verhältnisse durchführte, daß derselbe Mann sich heute mit Eifer für den Wiederaufbau einsetzt. Aber über dieses persönliche Moment hinaus ist es auch bezeichnend für die kapitalistische Gesellschaft und für die kapitalistischen Regierungen, daß sie, in schneidendem Gegensatz zur patriotischen Phrasie, sich ruhig mit dem Feind und Zerstörer von gestern zusammensetzen, wenn es sich um die Wahrnehmung kapitalistischer Interessen handelt. Denn es ist kaum anzunehmen, daß Stinnes nur aus reuollem Herzen sich des Wiederaufbaues annimmt, sondern jedenfalls doch aus geschäftlichen Gründen. Und ebenso stehen Herr Millerand und die französischen Kapitalisten den Wiederaufbauplänen, wie sie von der deutschen Arbeiterschaft ausgearbeitet wurden, skeptisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüber, da sie die Einschmuggelung des Bolschewismus befürchten. So finden sich Herr Millerand und Herr Stinnes als lebendige Beispiele für die internationale Interessengemeinschaft des Kapitals.

## Einladung an Genossen Ledebour

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Paris, 6. Juli.

Die sozialistische Partei Frankreichs hat beschlossen, den Genossen Ledebour zu der Trauerfeier in Paris für den Genossen Jaures am 31. Juli einzuladen.

## Neue Offensive gegen Polen

Frankfurt a. M., 6. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Warschau: Die Bolschewiki haben die erwartete Offensive an der Nordfront nördlich der Bahn Polodelskino — Polozj begonnen. Fünf Divisionen, Tanks und Panzerzüge wurden gegen den Durchgang zwischen den Seen südlich von Schadow und nördlich der Bahn angeführt. Der Durchbruch des ersten Vorstoßes wurde verhindert.

## Der Boykott gegen Ungarn

Amsterdam, 6. Juli.

In der am 4. Juli in Brüssel abgehaltenen Sitzung des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes wurde der Bericht des Sekretärs des Bundes über die in Wien wegen Besetzung des Bontotts gegen Ungarn geführten Verhandlungen geurteilt. Es wurde beschlossen, den Boykott unabhängig wahrzunehmen und wegen seiner Verschärfung mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten.

Aus Prag wird uns geschrieben: Die „Kohotische Moring“ unser slowakisches Bruderorgan mitteilen, fährt sowohl das Eisenbahn-, als auch das Schiffs- und Postpersonal der Slowakei den Boykott gegen Ungarn strikte durch. Bis jetzt sind 441 Waggons mit Getreide und verschiedenen Fabrikaten aufgehalten worden, Waren, die raschem Verderben unterliegen, werden Konsumvereinen und Wirtschaftsräten übergeben; auf den Bahnhöfen werden Sendungen für Ungarn überhaupt nicht angenommen und eingelegte Waggons den Abendern zurückgestellt. Im Preßburger Donauhafen liegen sechs Schlepper mit 180 Waggons Kohle und Breiten, bei den dortigen Speditoren 600 Kisten Waren, die zurückgehalten werden.

## Folgen des Schieberunwesens

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hindenburg (Oberschlesien), 6. Juli.

In der großen Schieberaffäre, an der eine Anzahl amtlicher Personen beteiligt sind, wurden neue Verhaftungen vorgenommen. In Breslau ist eine, in Schoppenitz sind drei Personen festgenommen worden. In Kattowitz fand eine große Protestversammlung statt, die sich gegen die ober-schlesischen Kriegswirtschaftsorgane richtet und in der hohe Beamte namentlich angegriffen wurden. Am Montag kam es in Kattowitz, heute in Gleiwitz zu Marktunruhen.

## Es kommt der Tag!

Das Schwurgericht in Raumburg a. S. hat, wie wir in unserer gestrigen Morgenausgabe kurz mitgeteilt haben, 28 Arbeiter zu insgesamt 79 Jahren Zuchthaus und 53 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch, der von den Angeklagten während des großen Generalstreiks der Bergarbeiter in Mitteldeutschland im März des vorigen Jahres durch Zusammenrottungen, Bedrohungen an Leib und Leben, gewalttames Eindringen in fremdes Eigentum und ähnliche Handlungen begangen worden sein soll. Die Begründung des Urteils liegt uns noch nicht vor. Wir wissen noch nicht, auf welche Tatsachen es sich stützt. Aber das eine wissen wir schon jetzt: dieses Urteil ist ein Ausbruch der Klassenjustiz, wie es im gleichen Umfang noch nicht erhört worden ist. Es ist ein Urteil, das die Justiz des kapitalistischen Bürgertums nicht nur gegen diese 28 Angeklagte, sondern gegen die ganze deutsche Arbeiterschaft gefällt hat.

Erinnern wir uns der Novembertage des Jahres 1918. Der deutsche Militarismus war zusammengebrochen, die Träger der alten Macht hatten sich feige vor dem Zorn des betroffenen und belagerten Volkes verrochen. Das deutsche Proletariat hatte sich, nach der langen Knechtung der Kriegszeit, erhoben, um mit seinen Feindern Abrechnung zu halten. In unzähligen Fällen kam es damals zu Zusammenrottungen, Bedrohungen und all den anderen Schandthaten, deren die Angeklagten von Raumburg jetzt beschuldigt worden sind. Das Proletariat hat die Macht, die es damals in den Händen hielt, wieder fortgegeben; aber die Rußnießer der Novembertage bestiegen sonder Strupel die Regierungssessel, griffen nach den höchsten Stellen im Staatsleben, sie konnten sich noch heute im Besitze der Macht, die ihnen die Landfriedensbrecher vom November 1918 überlassen hatten. Kein Staatsanwalt, kein Schwurgericht hat sich gefunden, das gegen sie vorgegangen wäre. Sie blieben Ehrenmänner vom Scheitel bis zur Sohle, niemand würde es wagen, ihnen die Tore des bürgerlichen Lebens zu versperren.

Aber zwischen dem November 1918 und dem Juni 1920 liegen anderthalb Jahre. Anderthalb Jahre der Gegenrevolution, des politischen und wirtschaftlichen Rückschritts und des geistigen Stillstandes. Anderthalb Jahre, in denen die Bourgeoisie eine Stellung nach der anderen wieder besetzte, in denen der Militarismus seine Wiedergeburt erlebte, in denen die Bureaucratie ihre Einrichtungen mehr denn je besetzte, in denen die Justiz sich wieder völlig in ihre alte Gefinnung zurückwand. Und so ist das, was im November 1918 als eine Selbstverständlichkeit galt, heute zum Verbrechen geworden, das mit den fürchterlichsten Zuchthausstrafen geahndet werden muß. Und noch mehr, die Bourgeoisie nimmt Rache an der Arbeiterklasse, sie sühnt die Schande ihre feigen Flucht vor den Arbeiterkämpfen in Verhängung von Schandurteilen gegen die Angehörigen der Arbeiterschaft.

Freilich ist ein Unterschied zwischen den Rußnießern der Revolution vom November 1918 und den Beteiligten am mitteldeutschen Streik vom März 1919. Jene haben der Bourgeoisie wieder in den Sattel geholfen, und deshalb ist es nur billig, wenn ihnen die Bourgeoisie dafür ihren Dank ausspricht, indem sie ihre Taten als Rettung des Staates anerkennen. Diese aber, die Arbeiter von Mitteldeutschland, wollten das zu Ende führen, was ein halbes Jahr vorher verfaßt worden war; sie drängten auf Beseitigung der Klassenherrschaft, sie verlangten nach der Umwandlung der Produktionsverhältnisse zu einer sozialistischen Ordnung, sie forderten schließlich, daß aus einem auf der Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Volksschichten beruhenden Staate ein Gemeinwesen gemacht werden sollte, in dem gleiches Recht und gleiche Pflicht für die gesamte werktätige Bevölkerung gelte. Und dieses Unterfangen mußte von der Justiz der Bourgeoisie aufs härteste geahndet werden. So erklärt sich über alle Einzelheiten der Beweisaufnahme hinaus das ungeheuerliche Zuchthausurteil von Raumburg.

Der ruchlose Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ist noch immer ohne Sühne. Der Mörder der 28 Matrosen in der Französischen Straße zu Berlin wurde von einem Gericht seiner Kamraden freigesprochen. Die Hochverräter aus den Tagen des Rapp-Putsch laufen noch immer straffrei herum, kein Haar ist ihnen bisher gekrümmt worden. Von einem Marburger Kriegsgericht sind die 15 zeitfreiwilligen Studenten, die in viehischer Weise 15 Arbeiter im Bad Thal abgeschlachtet haben, freigesprochen worden. Der Mord an unserem Genossen Jutra in Köpenick, der erschossen wurde, weil er durch Verhandlungen Blutvergießen verhindern wollte, ist nach drei Monaten noch ohne Sühne. Die Mörder unseres Genossen Schottländer in Breslau laufen noch immer unbehelligt herum, trotzdem ihr Aufenthaltsort lange Zeit bekannt war. Die Baltikumer aus Soest, die sich ihrer Auflösung widersehen und dabei eine Anzahl Reichswehrsoldaten töteten, sind vom Kriegsgericht freigesprochen worden. Und so weiter. Und so weiter.

Das sind die Tatsachen, so himmelschreiend, daß sie jeden Menschen mit nur einigem Gerechtigkeitsgefühl in die heftigste Erregung versetzen müßten. Aber im Bürgertum

Recht alles ruhig. Gerechtigkeit hin, Gerechtigkeit her: hier handelt es sich um die Interessen der eigenen Klasse, weshalb soll man sich über solche Justizarbeit aufregen, wenn es sich nur um das Leben und die Existenz von Arbeitern handelt? Nur so ist es zu erklären, daß der Reichstag die Besprechung der von der Unabhängigen Sozialdemokratie über die Morbidität der Marburger Studenten eingebrachten Interpellation abgelehnt hat. Die bürgerlichen Parteien wissen, daß diese Klassenjustiz ihre Justiz ist. Weshalb sich also mit den Vertretern der Arbeiterklasse darüber unterhalten?

Ungeheure Erregung hat sich der mitteldeutschen Arbeiterschaft über das furchtbare Urteil des Raumburger Schwurgerichts bemächtigt. Sie wird sich auf das ganze deutsche Proletariat übertragen, sie wird über die deutschen Grenzen hinaus überall wüten, wo Arbeiter um die Befreiung ihrer Klasse aus wirtschaftlichem Elend und politischer Not kämpfen. Es ist freilich nicht allein dieses Zuchthausurteil von Raumburg, das die Lage der deutschen Arbeiterklasse vor aller Welt bloßlegt; es ist die Tatsache, daß Hunderte von Arbeitern hingerichtet worden sind, ohne daß sich eine rächende Hand erhob, daß Tausende Arbeiter in Festungen, Gefängnissen und Zuchthäusern wegen politischer Vergehen schmachten, ohne daß ihnen im Lande der vollendeten Demokratie das selbstverständliche Recht auf Amnestie gewährt wird. Das Schwurgericht von Raumburg glaubte wohl absichtsvoll zu wirken zu können. Aber die Wirkung wird eine andere sein; die deutsche Arbeiterklasse wird um so schneller und deutlicher begreifen, welches Werk sie noch zu vollbringen hat.

Das Raumburger Zuchthausurteil darf nicht als eine vereinzelte Aktion betrachtet werden, sondern bildet ein Glied in der Kette der politischen Entwicklung unserer Zeit. Es stellt eine neue Herausforderung an das Proletariat dar, und nichts wäre dem Bürgertum erwünschter, als wenn die Arbeiterklasse diese Herausforderung mit stolzen Kundgebungen des Zornes und der Entrüstung beantwortete, die der Bourgeoisie den schon lange ersehnten Anlaß zur völligen Niederschlagung der Arbeiterbewegung geben würden. Solche Antwort aber wird das deutsche Proletariat der Bourgeoisie nicht geben. Vielmehr wird das Urteil von Raumburg dazu beitragen, daß die Reihen der sich ihre Klasseninteressen bewußten Arbeiter gestärkt werden und daß sich die Revolutionierung der Masse im beschleunigten Tempo fortsetzt, bis die ganze Arbeiterklasse eine einheitliche, geschlossene Front bildet, bereit, den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus von neuem aufzunehmen und bis zu seinem siegreichen Ende fortzuführen.

Es kommt der Tag, an dem das Proletariat wieder Abrechnung mit seinen Feindern halten wird. Aber dieser Tag muß die Arbeiterklasse besser gerüstet finden als der November 1918. Heute noch steht die Arbeiterklasse vor den Elementen ihrer eigenen Macht wie jener Maschinist auf Freilichtbahnen Rheinampfer, und wenn sie sich nicht zu vereinzelten, planlosen Handlungen aufspielen läßt, so ist das kein Gefühl der Schwäche, sondern das Bewußtsein, daß die Entwicklung sich auch durch die Klassenjustiz der Bourgeoisie nicht aufhalten läßt. Das Bürgertum aber mag sich gefast sein lassen, daß diese Abrechnung um so gründlicher ausfallen wird, je hemmungsloser es jetzt seine staatlichen Einrichtungen gegen die Arbeiter toben läßt!

## Intrigenpolitik

Der Reichswehrminister hat am Montag bei seiner Abreise von einem Vertreter des „Lokalanzeigers“ im Zusammenhang mit seiner Forderung auf Beibehaltung des Zweihunderttausend-Mann-Heeres „mit großem Interesse“ die Nachricht entgegengenommen, daß die Polen die alliierte Konferenz in Brüssel um Hilfe gebeten hätten. Man könne wohl damit rechnen, daß dieser Hilferuf der Polen gleichfalls nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung in Spaa bleiben werde. Das will heißen, daß Herr Gehele das ildie Spiel erneuern möchte, Deutschland als Vorkämpfer gegen den Bolschewismus bei der Entente in empfehlende Erinnerung zu bringen, um dadurch Entgegenkommen für die Aufrechterhaltung der Reichswehr in der bisherigen Stärke zu finden.

In der gestrigen Pressekonferenz nahm diese Aktion ihren Fortgang. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bemühte sich, sich auf die Höhe einer großangelegten politischen Rede zu schwingen. Er brachte aber nur einige zum Ueberdruß abgekochte Phrasen heraus, an denen lediglich die Ungeklärtheit der Darstellungen neu war. Er schilderte die bedrohliche Lage der Polen und erklärte, daß man in polnischen Kreisen der kommenden Entscheidung mit großem Ernst entgegenstehe. Es bestände deshalb die Gefahr, daß die Rote Armee eines Tages an der deutschen Grenze ständen, während in Deutschland das politische Chaos herrsche. Aus diesen Gründen sei die Aufrechterhaltung der 200 000-Mann-Armee unbedingt notwendig.

Das Auswärtige Amt scheut sich also nicht, durch seinen Vertreter von neuem den Versuch zu machen, zur Beeinflussung der Verhandlungen in Spaa den Bolschewistenhorden heranzubehelfen und sich der Entente als Büttele gegen Sowjetrußland anzubieten. Daß das nicht ganz so deutlich und jaghafter geschah als früher, liegt lediglich daran, daß dieser neue Versuch sogleich in seinen Anfängen ausgebeutet werden konnte. Da die Darstellung des Vertreters des Auswärtigen Amtes im strikten Gegensatz zu den Erklärungen stand, die bisher über die Stellung der Regierung zu den Ostfragen aus dem Auswärtigen Amt ergangen sind, so tauchte die Frage auf, ob es sich hier um ein neues amtliches Signal zur Inszenierung einer neuen außenpolitischen Hege gegen Sowjetrußland handele. Die Situation war so unhaltbar, daß der neue Presseschef der Reichsregierung, der Geheime Legationstrat Heibronn, sich gezwungen sah, den Vertreter des Auswärtigen Amtes glatt zu desavouieren, indem er erklärte, es könne sich selbstverständlich nur um ein „Stimmungsbild“ gehandelt haben. Mit diesem aus amtlicher Quelle stammenden „Stimmungsbild“ wird nun die gesamte bürgerliche Presse hausieren gehen und sie wird von neuem politische Beunruhigung mit Tartarennachrichten über den Bolschewistenhorden in die Bevölkerung tragen.

Daß alle diese Dinge nicht auf irgend einer etwaigen Ueberzeugung beruhen, sondern lediglich politische Manöver sind, zeigte die Tatsache, daß der Vertreter des Auswärtigen Amtes sich in seiner Verlegenheit schleunigst auf seine Hauptforderung, die Aufrechterhaltung des 200 000-Mann-Heeres zurückzog. Aber auch hier erlebte er eine neue Blamage. Die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte durch ihren nach Spaa entsandten Sonderkorrespondenten eine Unterredung mit dem Außenminister Simons, über die er wie folgt berichtet:

„Wie mir Außenminister Simons erklärte, darf man annehmen, daß auf der Gegenseite ernstliche Absichten bestehen, in sachliche Verhandlungen einzutreten, und daß die Alliierten deshalb zunächst militärische Schwierigkeiten aus der Welt schaffen wollen. Die Bereitwilligkeit der Alliierten in anderen Fragen werde offenbar von der Erledigung des militärischen Problems abhängig gemacht. Die führenden deutschen Persönlichkeiten sind denn auch entschlossen, soweit es die Verhältnisse gestatten, in der militärischen Frage Zugeständnisse zu machen. Das ganze Problem wird an unabhängiger Stelle als ernst, aber nicht hoffnungslos betrachtet. Es wird sich darum handeln, statt der gegenwärtigen militärischen Form irgendeine andere Methode für den Schutz des deutschen Wirtschaftslebens zu finden.“

Diese Darstellungen entsprechen durchaus der Haltung, die der Außenminister Simons vor seiner Abreise aus Berlin in der Entwaffnungsfrage eingenommen hat. Er scheint einzusehen, daß man die wirtschaftlichen Verhandlungen nicht an den militärischen Scheitern lassen dürfe. Um so ungeschickter ist die Intrigenpolitik, die inzwischen hier in Berlin getrieben wird. Es ist höchste Zeit, daß die zur Zeit in Berlin verantwortlichen Stellen des Auswärtigen Amtes dieser Intrigenpolitik ein sehr plötzliches Ende bereiten, wenn sie nicht die Verantwortung für ihre Folgen übernehmen wollen!

## Plötzliches Ende

Trotz der am Montag im Aeltestenrat getroffenen Vereinbarung, die Beratungen des Reichstages erst Ende der Woche zu beenden, erfolgte gestern bereits die Beratung. Der äußerliche Anlaß dafür war die Abwesenheit fast sämtlicher Reichsminister durch die Beratungen in Spaa, ferner aber auch die Meinung, daß es nicht angängig sei, in ihrer Abwesenheit über das von der Unabhängigen Fraktion eingebrachte Misstrauensvotum weiter zu verhandeln.

Zu Beginn der Sitzung wurden deshalb die Interpellationen von der Tagesordnung abgesetzt und der schnelle Antrag beraten, der eine Änderung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn bringt. Die Unabhängige Fraktion gab durch Genossen Eichhorn die Erklärung ab, daß sie an der Aufhebung aller Bestimmungen über den Steuerabzug festhalte und deshalb gegen die Vorlage stimme.

Von der Regierung waren in letzter Stunde noch einige Vorlagen unterbreitet worden, die unter Ueberumpelung des Reichstages im Eiltempo durchgepeitscht werden sollten. Gegen die Verabschiedung der Vorlage über die gesetzgeberischen Befugnisse des völkswirtschaftlichen Ausschusses erhob die Unabhängige Fraktion deshalb Einspruch, so daß das Gesetz nicht beschlossen werden konnte. Es ist ein unerhörter Zustand, daß die Regierung eine so wichtige Vorlage in letzter Minute einbringt, obwohl sie nach der Stellungnahme, die wir bereits zu den weiten Befugnissen des völkswirtschaftlichen Ausschusses eingenommen haben, wissen mußte, daß die Unabhängige Fraktion dem widersprechen würde. Für die Folgen dieses Beschlusses ist also einzig und allein die Regierung verantwortlich.

## Die unabhängigen Mitglieder der Reichstags-Ausschüsse

In ihrer Sitzung vom 5. Juli bestimmte unsere Reichstagsfraktion ihre Vertreter in den verschiedenen Ausschüssen. Wir geben nachfolgend ihre Namen, damit unsere Genossen im Lande wissen, an welche Fraktionsmitglieder sie sich in Spezialfragen wenden können. Hauptauschüsse: Crispian, Henke, Ledebour, als ständige Mitglieder. Petitionen: Barg, Berthele, Frau Karg, Kiffau, Teuber. Volkswirtschaft: Dittmann, Herz, Jüdel, Lipinski, Simon. Sozialpolitik: Frau Agnes, Frau Staudes, Dr. Kofes, Frau Rehmig. Ausschuss zur Ueberwachung der Verfassung: Dittmann, Dr. Rosenfeld. Untersuchungsausschüsse: Dr. Breitsheld, Eichhorn, Dr. Herzfeld, Long Sender, Stöder. Steuerauschuß: Düwelle, Eichhorn, Meißner, Dr. Kurt Geyer, Frau Warm. Kapitalkauf: Düwelle, Bogherr. Ausschuss für Bevölkerungspolitik: Beckmann, Kunert, Badewitz, Warm, Zieh. Wohnungsausschuß: Kuhn, Künstler, Werfel, Rosenmann, Jüdel. Wahlprüfungsausschuß: Dr. Rosenfeld. Elektrizitätsauschuß: Dellingerhaus. Reichshandelskommission: Brühl. Verbilligung der Verwaltung: Breunig, Karsten, Kiffau, Schwarz. Ueberwachungsausschuß betr. Ausführung des Friedensvertrages: Fries, Werfel. Geschäftsordnungsausschuß: Dittmann, Fritz Geyer, Ledebour, Dr. Rosenfeld.

Im Fahrstuhl, der zur Journalistentribüne führt, brach gestern infolge eines Kurzschlusses ein Brand aus. Der Fahrstuhlführer setzte sogleich den Alarmapparat in Bewegung und aus dem Maschinenraum erschienen sofort die Montieure, schalteten die Maschine des Aufzugs aus und drehten den Aufzug langsam herunter. Die Kabine wurde sodann im Erdgeschoß ohne Schwierigkeiten geöffnet, und der durch den Rauch etwas benommene Fahrstuhlführer ins Freie geschafft, wo er sich alsbald erholt.

## Amnestie, Justizreform und Wiederaufbau

In der Sitzung des Ausschusses für den Reichsausschuß vom 5. Juli stellte ein Vertreter des Reichsjustizministeriums auf Anfrage eines Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie mit, daß über die Frage einer Amnestie gegenwärtig im Reichskabinett verhandelt wird. Im späteren ist die Veröffentlichung einer Vorlage zu erwarten, über eine umfassende Reform des Justizwesens. Die Reform wird sich auf das Strafrecht und anschließend daran auch auf den Strafvollzug erstrecken. Ein Antrag, der stärkere Bekämpfung des gewerdmächtigen Glücksspiels fordert, wurde angenommen. — Mit dem Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten sei nach Mitteilungen eines Regierungsvertreters bisher nicht begonnen worden, es bestände auch keine Aussicht dafür, daß in absehbarer Zeit damit begonnen werden könnte. Besonders in Frankreich wendeten sich Zeitungen gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter in den zerstörten Gebieten Frankreichs. In Spaa dürfte auch diese Frage geregelt werden, über die die Verhandlungen mit der Entente seit Oktober 1919 ins Stocken geraten seien.

## Die Präsidentschaftswahl in Amerika

Der demokratische Parteitag hat, wie aus San Francisco telegraphiert wird, Gouverneur Cox zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt. Die Wahl bietet keine Ueberraschung, da James M. Cox von Anfang an als der aussichtsreichste Kandidat gelten konnte. Cox ist aus demselben Staat (Ohio) wie der republikanische Kandidat Harding, und da Ohio zu den für den Ausfall der Wahlen wichtigsten Staaten gehört, so mag man durch seine Nominierung hoffen, Ohio den Republikanern zu entreißen. Cox, von Beruf ursprünglich Journalist und Zeitungsverleger (wie Harding) war dreimal Gouverneur seines Staates, ein um so bemerkenswerterer Umstand, als beide Häuser des Staatsparlamentes republikanisch sind. Cox hat ferner in den Augen vieler Demokraten den Vorzug, kein „Administration Man“ zu sein, d. h. in seinem Zusammenhang mit Wilson und seiner Regierung zu sein;

denn Wilson ist selbst bei einem erheblichen Teil seiner Partei wegen seiner autoritären Mäuren sehr unbeliebt. Diese Anti-Wilson-Demokraten widerlegten sich aus diesem Grunde der Nominierung McAdoo's, Wilsons Schwiegersohn.

## Die drohende Ernährungs-katastrophe Sachsens

Von Herrn Fleißner, M. d. R.

Am 1. Juli, Donnerstag voriger Woche, erhielt ich vom Stadtrat zu Dresden nach Berlin in den Reichstag ein Telegramm folgenden schwerwiegenden Inhalts: „Brotversorgung Dresdens schwer gefährdet. Reserven infolge späten Eingangs der Reichslieferungen aufgebraucht. Bitten dringend zu schärfster Erfassung noch vorhandener Inlandsgetreidebestände Schritte zu tun.“

Dieses Telegramm spricht Bände. Und es ist nicht etwa von übertriebener Besorgnis diktiert, wie eine Darlegung der Zustände des Dresdner Lebensmittelamtes im einzelnen nachweist. Der Dresdner Kommunal-Vorstand hat von Anfang an zu benehmen im Reiche gehört, wo die Ernährungsverhältnisse am schwierigsten lagen. Wozu besonders infolge einer wüstenförmigen Ernährungs politik die mangelnde Ausgleichsmöglichkeit stark betrug. Er muß geradezu empörend wirken, wenn sogar in benachbarten Gemeindegemeinschaften welches Gebäd über Bedarf hinaus zu haben ist, während die schwerarbeitende Bevölkerung arder Bezirke nachgerade in Gefahr kommt, nicht einmal mehr selb schlechtes und sogar gesundheitsgefährliches Brot in einigermaßen ausreichender Menge zu haben.

In einer am 30. Juni im sächsischen Wirtschaftsministerium stattgefundenen Sitzung der Vertreter sächsischer Ueberbühbezirke wurde erklärt, es liegen bei preussischen Landwirten, insbesondere in der Mark, noch große Mengen ungedrohten Getreides. Das Reichs-Ernährungsministerium möchte sich verpflichtet fühlen, auf die hiermit öffentlich festgestellte Behauptung sofort eine Erklärung abzugeben. — Das Dresdner Lebensmittelamt verlangt schärfste Erfassung der noch ausstehenden Getreidemengen, mögliche Beschleunigung des Frähdrahtes, sofortiges Verbot der Verarbeitung von Gerste in den Brennerien für die Dauer der Mehlnot, Beschlagnahme der zu Brauereizwecken angesammelten Gerste.

Man wird diesen Forderungen zur Behebung der augenblicklichen Notlage durchaus zustimmen können, obwohl das alles an ein Notbehelf bleibt, wenn nicht eine gründliche Umgestaltung der ganzen Ernährungs politik unentzählich in die Wege geleitet wird. Die schlimmen Verhältnisse lassen ein längeres Zögern nicht mehr zu.

Das Dresdner Lebensmittelamt gibt nach dem Stand der Dinge vom 21. Juni 1920 eine umfassende Darstellung, die beweist, daß die Versorgung Dresdens immer ungenügender und das Getreide-Mehl immer schlechter und teurer geworden ist. Jetzt ist eine weitere Herabsetzung der Ration in bedrohlicher Nähe gerückt. Wie schlimm die Zustände hier sind, geht auch aus der weiteren Tatsache hervor, daß tage- und halbtägweise eintreffende große Brotfabriken stillstehen müssen, so auch der Bäckereibetrieb des Konsumvereins Vorwärts, der der größte im Bezirk, und nächst dem des Konsumvereins Leipzig-Magwitz der größte in Sachsen ist. Infolgedessen stockt der Brotverkauf, so daß der Bedarf nicht regelmäßig gedeckt werden konnte.

Das Dresdner Lebensmittelamt bemerkt schließlich, daß nach Erkundigungen bei der R.-G. sich ein überaus „trübes Bild der Lage“ ergibt. Am Schluß des umfangreichen Schriftstückes wird völlig zurecht bemerkt, was für die Ernährungsnot aller Bezirke die Ursache ist:

„Als letzte Ursache wird man die ungenügende Erfassung der Brotgetreideernte durch die öffentliche Hand annehmen müssen. Eine besonders gute Ernte, die die deutsche Bevölkerung bei einer Fünftelproduktion und einer Ausmahlung von 82 bzw. 80 Prozent bei vorsichtiger Berechnung bis weit in das Frühjahr hinein und bei Hinausziehung der Ausmahlung und Verabreichung der Ration wohl bis zur neuen Ernte ohne Inanspruchnahme des Auslandes hätte ernähren können, ist im Schleichhandel veräußert oder veräußert worden, ohne daß es die zur Erfassung berufenen Organe hätten hindern können.“

## Die Notlage der Lazarettinsassen

Eine dürftige Hilfe

Die Lazarettinsassen, die noch an ihren Kriegsverletzungen leiden, waren bisher die Stiefkinder des Staates. Sie bekamen ein notdürftiges Tagelohn, während die Angehörigen der Reichswehr ihre volle Löhnung nebst Zulagen bezogen und dadurch um das Dreifache und Vierfache besser gestellt wurden. Jetzt sind die Bezüge der Lazarettinsassen neu geregelt worden, aber die Kriegsopter sind den Angehörigen der Reichswehr gegenüber immer noch stark im Nachteil. Sie erhalten jetzt freier Verpflegung und Unterkunft rückwirkend vom 1. April 1920 ab je nach der Ortsklasse des Lazarettortes 4 M. und 4,50 M. Taschengeld. Wer seit 1. April 1919 einen Entlassungsantrag noch nicht erhalten hat, soll sobald als möglich einen Ziellang bekommen. Für Urlaub wird das Taschengeld auf 9 bis 12 M. je nach der Ortsklasse erhöht.

Für Angehörige, deren Ernährer der Lazarettinsasse war, wird vom 16. Juli ab ein Hausgeld gezahlt. Die Auszahlung erfolgt in der Zeit vom 16. Juli bis 14. August vom Lazarett, durch Vermittlung der amtlichen Fürsorgestelle, vom 15. August ab durch das Versorgungsamt (bisher Versorgungsstelle), in dessen Bezirk der Kranke seinen Wohnsitz hat. Es beträgt je nach der Ortsklasse des Wohnorts 52,71 M. bis 71,19 M. wöchentlich und erhöht sich für jedes Kind um eine Kinderzulage von 7,91 M. bis 10,64 M. wöchentlich. Wird bei der späteren Rentenfestsetzung eine Ausgleichszulage bewilligt, so wird dieses Hausgeld mit Rückwirkung um 25-30 Prozent erhöht. Beim endgültigen Ausscheiden aus der Anstaltspflege erhalten Lazarettinsassen eine Uebergangsunterstützung zwischen 150 M. und 550 M. Ferner erhalten sie bis zum Ablauf des auf die Entlassung folgenden Monats ohne Rücksicht auf den Grad ihrer Erwerbsunfähigkeit eine Uebergangsrente in Höhe der Vollrente nebst Ausgleichszulage, also je nach der Ortsklasse zwischen 429,75 M. und 580,25 M. monatlich. Diese Uebergangsrente erhöht sich für die gleiche Zeit für jedes Kind je nach der Ortsklasse um 42,98 M. bis 58,03 M. monatlich. In Fällen besonderer Bedürftigkeit tritt die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge ein.

Russische Ansprüche in der Mandratsfrage. In der Mandratsfrage merkt jetzt auch die Sowjetregierung wieder ihre Ansprüche an. Die Sowjetregierung hat an die Entente sowie Finnland und Schweden eine Note gerichtet, die unter Hinweis auf eine frühere Erklärung mitteilt, daß keinerlei Vertragsbestimmungen bestehen, wonach die Souveränität Rußlands über die Mandatsinseln aufgehoben habe. Infolgedessen könnten auch keinerlei Bestimmungen über die Mandatsinseln Gültigkeit bekommen, wenn die russische Regierung nicht zu ihrer Befreiung hinzugezogen worden sei. Die Sowjetregierung könne keinerlei derartige Beschlüsse anerkennen.

Japans Stellung in Sibiriens Nach einer Meldung aus Tokio, wird dort amtlich bekannt gegeben, daß Japan beschloffen hat, seine Truppen aus dem Baikal-Gebiet zurückzuziehen, da nicht länger die Notwendigkeit besteht, die Tschscholowaken zu schützen. Die Lage in den sibirischen Provinzen ist aber anders mit Rücksicht auf die Bedrohung der Küstenstädte durch die Bolschewisten. Darum werden japanische Garnisonen in Nikolajewsk und anderen Orten der sibirischen Meerprovinzen belassen werden, bis eine russische Regierung für Ostsibirien aufgerichtet worden ist.

# Die Arbeitslosen auf der Straße

# Deutscher Reichstag

9. Sitzung, Dienstag, den 6. Juli.

Die gewaltige Demonstration der Arbeitslosen, die gestern im Lustgarten stattfand, war eine ernste Mahnung an die Regierung, der immer noch steigenden Not des Proletariats nicht noch weiter teilnahmslos gegenüberzutreten. Vor allem hat die Demonstration bewiesen, daß jede Aktion, zu der die Arbeiterschaft gezwungen wird, um die Folgen der heute betriebenen Wirtschaftspolitik abzuwehren, das ganze Proletariat einig und geschlossen findet. Hand- und Kopfarbeiter, Arbeiter und Arbeitslose aller sozialistischen Parteien haben sich zusammengefunden, um die Forderungen zu stellen, die infolge der Wirtschaftskrise erhoben werden müssen. Die Gewerkschaftskommission, die Afa, die Betriebsrätezentrale der U. S. P. und der S. P. D., haben diese Forderungen gemeinsam mit den Arbeitslosenräten aufgestellt und die gestrige Kassenversammlung hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft geschlossen hinter diesen Forderungen steht. Wenn wir uns auch dessen bewußt sind, daß eine wirkliche Lösung des Problems von bürgerlichen Klassenpartei nicht gefunden werden kann, so soll doch diese Demonstration eine letzte Mahnung gewesen sein, die Auswahl einer Wirtschaftsweise zu befeitigen, die alle Begriffe eines geordneten Lebens auf den Kopf stellt.

Die deutsche Arbeiterschaft hat ungeheure Geduldsproben im Ertragen von Not und Kriegsleiden abgelegt. Doch allzu straff gespannt, zerbricht der Bogen. Es kann nicht ertragen werden, daß die Großbauern die Kontrollorgane der Regierung ungehindert fortsetzen dürfen, während in den Städten die Menschen hungern; daß lebenswichtige Betriebe stillgelegt werden, um von der Regierung Zuschüsse zu erpressen, während den Arbeitern, die noch Arbeit haben, die Lebensgrößen weggenommen werden. Folgende Forderungen haben die stürmische Zustimmung der vielen Tausenden Arbeitslosen gefunden:

1. Schaffung von Arbeit durch Reich, Staat und die Kommunen unter Kontrolle der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie der Gewerkschaften unter Bezahlung tariflicher Löhne.
2. Wiederaufnahme geeigneter stillgelegter Betriebe, deren Erzeugnisse für die Bedarfsdeckung der Bevölkerung unentbehrlich sind und Umstellung der übrigen stillgelegten Betriebe zu wirtschaftlich notwendiger Produktion eventuell mit Hilfe vom Reich, Staat und Kommunen; jedoch unter Kontrolle der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie der Gewerkschaften.
3. Entlassung von Arbeitern beim Stilllegung der Betriebe darf nicht erfolgen. Läßt sich die Einschränkung der Produktion nicht vermeiden, so muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Alle Maßnahmen, die den Produktionsprozeß beeinträchtigen, unterliegen der Kontrolle und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Arbeitslosenräte sowie der Gewerkschaften.

4. Maßnahmen zur Beseitigung von doppelter Verdienstmöglichkeit, die der Kontrolle der Betriebsräte sowie der Gewerkschaften unterliegen müssen.

5. Aufhebung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, wonach über die Dauer von 26 Wochen keine Unterstützung oder nur in besonderen Ausnahmefällen gezahlt werden darf. Beseitigung der Härten in den Bestimmungen für Rentenempfänger.

6. Sofortige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge bis zu einer Höhe, die der gegenwärtigen Teuerung entspricht. Die Erwerbslosenfürsorge der Gewerkschaften darf nicht eingerechnet werden. Dem Erwerbslosen ist der Differenzbetrag, der sich aus der zeitlich bezogenen und der sofort festzusetzenden höheren Unterstützung ergibt, entsprechend der Dauer seiner bisherigen Erwerbslosigkeit rückwirkend bis 1. März 1920 nachzuzahlen. Gleichstellung der Unterstützungssätze für die weiblichen und männlichen Erwerbslosen.

7. Kurzarbeitern ist eine ihrem Verdienstentgang entsprechende Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge zu zahlen.

8. Um das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzurichten, sind sofort die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern, insbesondere auch mit Sowjetrußland, aufzunehmen.

Die am 6. Juli im Lustgarten Versammelten beauftragen die Kommission, die diese Forderungen ausgearbeitet hat, den zuständigen Stellen dieselben zu unterbreiten und über den Gang der Verhandlungen die Öffentlichkeit zu unterrichten.

Gemäß der Aufforderung aller Redner sich nicht zu unnötigen Handlungen verleiten zu lassen, ging die Demonstration ruhig und würdevoll auseinander. Es sprachen: Von der Betriebsrätezentrale U. S. P. Neumann und Wegmann, von der Gewerkschaftskommission Sabath und Vollmershaus, von der Afa Körpel und Mayer, von der S. P. D. Reinknecht und von den Arbeitslosenräten Schmidt.

Reinhold Kahnen und Tafeln mit Aufschriften besetzten das Wirkungsdorf, Bild.

Wie immer bei solchen Gelegenheiten, fanden sich auch bei dieser Demonstration Personen ein, die durch ihre Reden die Massen zu Unbesonnenheiten aufzureizen suchten. Es ist z. B. ein Mann beobachtet worden, der seit dreiviertel Jahr arbeitslos ist, seinem ganzen Auftreten nach aber von irgendeiner Stelle Geldmittel erhalten muß. Er steht in dem Verdacht, einer der auch im Blaupapier genannten Spitzelorganisationen anzugehören. Es muß deshalb immer wieder zur Vorsicht gegenüber diesem Gesindel geraten werden.

Herr Hänisch sollte sich das Vorgehen des Finanzministers gegen reaktionäre Beamte zum Muster nehmen und die mühsigen Studien seiner verknöcherten Gehirnrinde etwas durchlüften. Der Minister für Volkswirtschaft hat sich mit erschütternder Galtlosigkeit für den Schutz der Mieter eingesetzt. Aber dieser Schutz muß noch ausgedehnt werden. Das Wohnungsgeld ist grenzenlos. Das heuten die Hausbesitzer in der krupellosesten Weise aus. Und diese gemeingefährliche Treiben wird von dem durch und durch reaktionären Wohnungsvorstand Grochstein noch infanter unterstützt, daß dieser die Höchstmieten von 20 auf 30 Prozent gesteigert hat. (Lebhafte Entrüstung links.) Mit dem Inkrafttreten Grochsteins mühte ihm rechts das Lebenslicht ausgeblasen werden. (Zustimmung links.) Keine Partei hat immer die Forderung aufgestellt,

die Polizei den Gemeinden zu übertragen.

Anstatt dieser alten Forderung nun endlich nachzugeben, ist man jetzt drauf und dran, neben der staatlichen auch eine Reichspolizei zu schaffen. Sie wissen, daß die Umwandlung der Sicherheitspolizei einen wesentlichen Verhandlungsgegenstand in Spaa bilden wird. Wir haben stets gefordert, sie solle keine militärischen Aufgaben haben. (Sehr wohl! h. d. Unabh.) Allerdings wurden wir dann immer als Landesverräter hingestellt, die die Regierung bei der Entente denunzierten wollten. (Sehr wohl! h. d. Unabh.) Ich erinnere nur an die Verhandlungen vom 18. Juli u. J. Als wir unter härtestem Protest darlegten, daß die Regierung kein Recht habe, ohne Genehmigung des Parlamentes die Sicherheitswehr einzurichten, da wurden wir in der feighaftesten Weise hier im Hause angepöbelt. (Sehr richtig! h. d. Unabh.) Damals erhob sich der gegangene Minister Heine, um mich als einen freiwilligen Agenten der Feinde Deutschlands zu bezeichnen, als einen Spitzel und Denunzianten. (Hört, hört!) Aus dem Etat ersuchen wir, daß nur für die Sicherheitswehr 271 Millionen hinausgeworfen werden sollen. Und der Finanzminister hat in Aussicht gestellt, daß die Summe wahrheitsgemäß ein Hundert und mehr Millionen überschritten werden dürfte. Ob diese Position wird bestehen bleiben, erscheint nach dem Verhalten der Entente mehr als zweifelhaft. Es ist aber überaus bezeichnend, daß die Entente überhaupt bei dergleichen Einträgen erheben müssen. Wäre unsere vorjährige Mahnung gehört worden, dann wären die Schwierigkeiten mit der Entente sehr viel kleiner gewesen. (Sehr richtig! bei den Unabh.)

Wir haben im Etat auch noch den berühmten Fonds von 300 000 M. zur Bekämpfung des Verbrechenstums

genannt würde. (Stürmische Zustimmung h. d. Unabh.) Das geht aus dem Nordprozeß klar hervor. Durch die Sozialpolitik werden Verbrechen inszeniert und Verbrechen gesät und dann tritt Heine auf, um diese Spitzelarbeit gegen politisch unbedeutende Gegner auszuspielen. Wir haben aus dem Prozeß auch erfahren, daß der Staatsanwaltschaft gleichfalls Geheimfonds zur Verfügung stehen. Über den Ursprung dieses Geldes verlangen wir von der Regierung offiziell Auskunft. Die weltanschaulichste Entschuldigungen hat jedoch die Vernehmung des Sozialpolitikers Toiff gebracht. Wir haben jetzt die positiven Beweise in der Hand, daß Toiff aus dem Korruptionsfonds dafür bezahlt worden ist, gefälschte Flugblätter herzustellen und den Namen des „Roten Soldatenbundes“ zu mißbrauchen.

In dasselbe Kapitel gehört auch das berühmte

Staatskommissariat für Ordnung und Sicherheit. Es wäre interessant, einmal festzustellen, welche Stellung der Staatskommissar innerhalb der staatlichen Organisation einnimmt. Es steht so aus, als ob es sich um eine antifeudalistische Nebenregierung in Berlin handele. Auch der Staatskommissar hat überall seine Spitzel, die, um seine Existenzberechtigung darzutun, allerdings Schauererzählungen erfinden müssen. Wie die politische Polizei, muß auch das Staatskommissariat verschwinden. Das ganze Spitzelwesen ist ein eitles Geschwür, das mit glühenden Eisen abgebrannt werden muß.

Die Regierung, wenn sie an die Arbeit geht, die Sicherheitswehr aufzulösen, wird dabei allerdings auf den Widerstand des bürgerlichen Land und Bundes stoßen. So sind das dieselben Leute, die die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Landarbeiter als Volkswirren und Sozialisten verschreiben.

In der neuen preussischen Republik werden Tausende von Proletariaten wegen ihrer politischen Überzeugung verhaftet und hinter Kerkermauern gesperrt. (Hört, hört und Psst! h. d. Unabh.) Laut und deutlich fordern wir aber: Gest! unsere Gefangenen heraus! (Stürmische Zustimmung h. d. Unabh.) Erst heute wieder lesen wir in den Zeitungen, daß

28 Personen zu 12 Jahren Freiheitsstrafe, darunter 75 Jahren

Zuchthaus verurteilt worden sind. (Stürmische Psst! h. d. Unabh.) Im Ruhrgebiet wurden innerhalb ganz kurzer Zeit von nur 5 Kriegsgefangenen 908 Jahre Gefängnis und 167 Jahre Zuchthaus verhängt. (Erneute stürmische Psst! und Zwischenrufe.) Wo ist der Kappell, der verurteilt worden ist? Ein Säbel der Empörung wird durch die Arbeiterschaft gehen, wenn sie das erfährt. (Sehr wohl! h. d. Unabh.)

Zwischen den Klassen gibt es keine Versöhnung - sondern nur härtesten Klassenkampf, bis das Proletariat den Sieg errungen hat und der Sozialismus verwirklicht worden ist. (Stürmischer Beifall h. d. Unabh.)

Hier wurde die Verhandlung abgebrochen und - debatteloses

Erledigung einiger Vorlagen auf heute mittag 12 Uhr vertagt.

## Preussische Landesversammlung

148. Sitzung vom 6. Juli 1920.

### 1. Lesung des Etats

Zunächst wurden „Kleine Anfragen“ in großer Zahl erledigt. Haushaltsrechnungen aus früheren Jahren wurden debattellos verabschiedet. Dann sollte in die erste Lesung des Staatshaushaltsplanes für 1920 eingetreten werden. Da gab es aber erst noch ein eigenartiges Zwischenpiel. Der Demokrat (!) Kade beantragte, unter Verzicht auf jede Ausprache, den Haushaltsplan an den Hauptauschuss zu überweisen. Er motivierte dieses ungewöhnliche Begehren mit dem Hinweis auf Spaa. Es kam dann doch zur Ausprache. Es erhielt zunächst zur Einführung des Etats das Wort:

Finanzminister Bäumann: Der vorliegende Etat unterscheidet sich wesentlich von den früheren. Es spiegelt sich in ihm wider, daß das preussische Staatsgebiet wesentlich verkleinert und die Verwaltung durch Übernahme wichtiger Zweige auf das Reich, erheblich eingeschränkt worden ist. Die Bewältigung der Steuern, Zölle und Eisenbahnen ist an das Reich übergegangen. Die endgültige Veränderung tritt jedoch noch nicht voll in Erscheinung. Immerhin ist die Endgröße des Haushaltsplanes von über

9 Milliarden auf 5,6 Milliarden zurückgegangen.

Der Etat balanciert jedoch nur äußerlich. Seit seiner Aufstellung haben sich die Anforderungen wesentlich gemehrt, so daß jetzt schon ein Mehrbedarf von über 2 Milliarden vorhanden ist, für den eine Deckung erst geschaffen werden muß.

Die Finanzlage ist also eine durchaus mühe, auch wenn man in Betracht zieht, daß die 10,5 Milliarden fundierte und 12,6 Milliarden schwebende Schuld mit den Eisenbahnen vom Reich übernommen worden sind, denn Preußens Einnahmequellen sind gleichfalls aufs Reich übergegangen. Die mögliche Belastungsgrenze ist längst erreicht.

Abg. Woldt (Soz.): Die Wahlen vom 6. Juni haben keine neue Situationen geschaffen, den die angeblichen Sieger haben uns mit erhobenen Händen bitten müssen, ihnen zu helfen. Es ist also keine Beschreibung der Kräfteverhältnisse eingetreten. Sie sind links haben die feilschenden Volksmassen auf die Straßen zu lenken versucht. Diese Politik ist auf die Dauer nicht durchzuführen.

Abg. Niehl-Gulda (Ztr.) vertiert sich ganz in finanziellen Einzelheiten.

Abg. Dominikus (Dem.): Wir greifen in den Streit der Parteien nicht ein. Wichtig scheint uns eine pflegende Behandlung der besetzten Provinzen. Die Fürsorge für die Beamten darf nicht nachlassen. Dagegen müssen wir die Erwerbslosenfürsorge einschränken. Dort wo die Wahlen ergeben haben daß die bisherigen Koalitionsparteien nicht mehr die Mehrheit haben, muß bei Besetzung der Verwaltungsposten darauf Rücksicht genommen werden. Wir wünschen so schnell wie möglich Neuwahlen, sobald die dringendsten gelegentlichen Arbeiten erledigt sind.

Abg. v. d. Osten (Dinar.): Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen die Mißachtung der demokratischen Grundrechte (Gelächter), wie sie bei der Besetzung der Verwaltungsposten in Erscheinung getreten ist. Da herrscht eine geradezu napoleonische Willkür. (Zwischenrufe.) Unsere alten preussischen Landräte haben vorzüglich gearbeitet. (Warm Beifall.) Wir verlangen schleunigste Ausbreitung der Wahlen. Das Wahlgesetz muß uns während der Sommervertretung zugehen, damit wie im Spätherbst Neuwahlen haben.

### Genosse Leib:

Durch Eintritt in die Etatberatung befanden Sie, daß Sie dem Parlament eine Lebensdauer geben wollen, die sachlich in keiner Weise gerechtfertigt ist. Dagegen erheben wir mit aller Entschiedenheit Einspruch. Die Landesversammlung hat keine Delegationsberechtigung mehr. (Sehr richtig bei den Unabh.) Sie ist nicht das wirkliche Spiegelbild der Volksmeinung. Deshalb verlangen wir schleunigste Neuwahlen. Wir wissen allerdings, wie sehr auch heute noch die Volksmeinung durch die kapitalistisch verfaßte Presse gefälscht wird, aber wir wollen im Wahlkampf immer erneut den Klassencharakter des Staates aufzeigen, wollen Ausklärung in die Massen tragen und die Köpfe revolutionieren. Deshalb können wir in den Worten des Herrn Woldt, wie wir suchten die Massen auf die Straße zu bringen, gar keinen Vorwurf, denn die sozialistische Bewegung ist eine Massenbewegung und wird sich durchsetzen, bis ihr Wille in Deutschland höchstes Gesetz ist. (Sehr gut! bei den Unabh.) Diese Versammlung hatte die Aufgabe, die Verfassung zu schaffen. Wenn diese Aufgabe bis heute nicht gelöst worden ist, so sind wir nicht daran schuld. Wir weisen ferner darauf hin, daß in der Verwaltungsreform so gut wie nichts geschehen ist. Was würde schließlich die schönste Beamtenorganisation nützen, wenn der Welt derselben ein so vorfindlicher ist, wie es in Preußen der Fall ist. Ich mache es der Regierung zum Vorwurf, daß sie im Hinblick auf die reaktionären Beamten viel zu wenig durchgegriffen hat. Wir erheben

allerhöchsten Einspruch gegen die Verhüllung Rostes zum Oberpräsidenten von Hannover. (Leb. Zustimmung h. d. Unabh. Unruhe.) Das ist eine Proklamation der Arbeiterschaft. (Erneute stürmische Zustimmung.)

Auch auf dem Gebiete des Schutzes ist alles beim alten

Auf Anfrage des Abg. Hoff (Soz.), ob der Regierung die im „Vorwärts“ vom 6. März mitgeteilten Tatsachen über enorme Lieferpreise der großen Eisen- und Stahlindustriellen während des Krieges bekannt seien, erwidert der Regierungsvertreter, daß eine Kommission im Oktober 1919 die Angelegenheit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hat.

Präsident Eöde macht hierauf Mitteilung von einem Telegramm des Reichslandlers, das die Minister Heine und Schlegel nach Spaa beruft. Der Reisekostenauschuß hat daraufhin beschlossen, die Beratungen des Reichstages zu unterbrechen und sie erst nach Abschluß der Verhandlungen in Spaa wieder aufzunehmen.

Das Haus erklärt sich damit einverstanden. Die Besprechung der Interpellation wird abgesetzt; es kommt zunächst ein schleuniger Antrag aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, zur Verhandlung, der eine Ergänzung zum Steuerabzug vom Arbeitslohn bringt. Danach hat bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern der Steuerabzug im Falle der täglichen Berechnung des Arbeitslohnes der Abzug für 5 M., im Falle wöchentlicher Berechnung für 20 M., und im Falle monatlicher Berechnung für 125 M. zu unterbleiben. Außerdem erhöht sich der abzugsfreie Betrag für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im ersten Fall um 150 M., im zweiten um 10 M. und im dritten Fall um 40 M. Ferner wird bestimmt, daß eine starke Staffelung für den Abzug Platz greift, die bis 30 000 M. gleich 15 Prozent und so weiter bis bei einer Million 55 Prozent beträgt.

Abg. Eichhorn (U. Soz.): Der Regierung ist bekannt, daß wegen des Steuerabzuges schon Streiks ausgebrochen sind und weitere bevorstehen; für all dies trägt die Regierung die Verantwortung, die dieses Unnahmensgesetz gegen die Arbeiter erlassen hat. (Sehr richtig h. d. U. Soz.) Der vorliegende Antrag bedeutet nicht eine Reform, er ist nichts anderes als der Versuch einer Verschleppung und deshalb lehnen wir ihn ab. Wir verlangen Aufhebung der gesamten Bestimmungen über den Steuerabzug. (Beifall h. d. U. Soz.)

Abg. Braun-Franken (Soz.): Aus den Ausführungen des Herrn Vorredners ergibt sich, daß in der unabhängigen Partei zwei Richtungen sind, eine, die den heutigen Entwurf ablehnt, und die andere, die ihn im Ausnahmefall angenommen hat. (Hört, hört.)

Die Abgg. Düweil und Hegler (U. Soz.) bestreiten als Ausschußmitglieder für den Gesetzentwurf eingetreten zu sein.

In der Abstimmung wird die Vorlage in allen drei Lesungen angenommen gegen die Stimmen der Unabhängigen.

Es folgt die Diätenverleugung für die Mitglieder des Reichstages. Sie sollen eine monatliche Entschädigung von 1500 M. erhalten; für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Sitzung ferngeblieben ist, werden 50 M. davon abgezogen.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Wir sind gegen den Abzug, da dies eine Strafbestimmung für die Volksvertreter wäre. Wir werden deshalb gegen das Gesetz stimmen.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt der Entwurf eines Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Hebergenossenschaft. Danach wird die Regierung ermächtigt, einen Ausschuß von 24 Mitgliedern einzusetzen, der in Abwesenheit des Reichstages die notwendigen Gesetze verabschiedet.

Abg. Frau Zieg (U. Soz.): Wir sind dagegen, daß einer Kommission so weitgehende Vollmachten eingeräumt werden. Wir verlangen, daß alle wichtigen Entwürfe dem Plenum vorgelegt werden.

Die Abgg. Ledebour und Dr. Rosenfeld (U. Soz.) erheben Einspruch gegen die Annahme der sofortigen dritten Lesung.

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, die nächste Sitzung und deren Tagesordnung selbst zu bestimmen.

Schluß 4 Uhr.

## Generalversammlung der Betriebsräte

In den Andreasstufen trat am Montagabend die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte zusammen, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob eine selbständige Organisation der Betriebsräte ins Leben gerufen werden soll, oder ob der vom Gewerkschaftsbund verlangten Einfügung der Betriebsräte in den Rahmen der Gewerkschaften zugestimmt werden soll.

Genosse Richard Müller eröffnete einleitend den Bericht über die Verhandlungen der Rätezentrale mit der Gewerkschaftskommission. Er wies darauf hin, daß zu den Feinden des Rätegedankens aus den Kreisen der bürgerlichen und Rechtssozialisten jetzt auch deutsche Gewerkschaftsführer getreten seien, die bisher vorgegeben hätten, auf dem Boden der Räteorganisation zu stehen. Die Gewerkschaftsbürokratie, Regien und Genossen, wolle jetzt den Rätegedanken dazu benutzen, um die Betriebsräte anderen Zwecken dienlich zu machen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, beschuldige der Gewerkschaftsbund gegen alle die vorgehenden, die sich seinen Anordnungen nicht fügen wollten, indem er erklärte, daß sich diese Opponenten damit außerhalb der Gewerkschaften stellen. Die Rätezentrale habe alles versucht, um eine Verständigung mit der Gewerkschaftskommission zustande zu bringen. Trotz aller Bemühungen habe die Gewerkschaftskommission eine Resolution mit 73 gegen 51 Stimmen angenommen, in der erklärt wird, daß eine selbständige Betriebsräteorganisation von den Gewerkschaften nicht als berechtigt angesehen werden kann. Trotz aller Bereitwilligkeit zu Verhandlungen müsse man sich jetzt darüber klar werden, daß mit allem Verhandeln kein Stück weiter zum Ziele zu gelangen sei. Die Rätezentrale könne es nicht verantworten, die Dinge weiter latentlos laufen zu lassen. Die selbständige Räteorganisation müsse jetzt unbedingt aufgegeben werden. Andererseits dürfe aber das Ziel dieses Kampfes nicht Schwächung oder Zerstückelung der Gewerkschaften sein. Wenn die Arbeiterschaft diesen Kampf einmütig aufnehmen, dann müsse er auch mit ihrem Siege enden. (Leb. Beifall.)

In der anschließenden Diskussion kamen die Vertreter der einzelnen Gruppen zu Worte, die sich fast ausnahmslos für die sofortige Konstituierung der selbständigen Räteorganisation aussprachen. Nur der Vertreter der Metallarbeiter rief zur Vorsicht und schlug vor, die Abstimmung über diese wichtige Frage noch zu vertagen und zu verlegen, auf anderen Wegen zu einer Verständigung mit der Gewerkschaftskommission zu gelangen.

Nach Ablegung des Rollenberichts, wobei alle anwesenden Verbündigten sich als haltlos erwiesen, wies Genosse Dümitz die Delegierten auf die Verantwortung hin, die sie bei der Abstimmung auf sich nahmen. Berlin muß sorgen, daß eine selbständige Räteorganisation im ganzen Deutschen Reich geschlossen werde. Er geißelte weiter die Schaffung des Reichswirtschaftsrates, es seien lediglich Wortkonzeptionen gemacht worden.

Folgende Resolution gelangte dann einstimmig zur Annahme:

„Die Generalversammlung der Betriebsräte hält an einer selbständigen Räteorganisation fest und beauftragt die Zentrale sofort den Aufbau derselben zu vollenden. Dieser Antrag schließt weitere Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission nicht aus. Die Generalversammlung hält die Einberufung der Hauptversammlung für dringend geboten und beauftragt die Zentrale, dies sofort zu tun.“

Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

Anschließend erfolgte dann die Neuwahl der Zentrale. Trotz des Vorwärtens des Genossen Wegmann, die Wahlen geheim vorzunehmen und sich nicht von persönlichen Rücksichten leiten zu lassen, wurden per Akklamation folgende Genossen wiedergewählt: Gertz, Müller, Neumann, Stolt und Wegmann.



# Massenmörder Schumann vor dem Schwurgericht

In der gestrigen Sitzung gab Rechtsanwalt Dr. Frey im Anschluß an seine gestrigen Anträge eine Erklärung ab: Er glaube, daß die medizinischen Sachverständigen mit ihm der Ansicht sein werden, daß, wenn seine Vermutungen zutreffen, hier nicht der Richter, sondern nur der Irrenarzt das Wort hat. Er müsse nochmals mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß schon der Vater des Angeklagten wegen Rotzucht zu schwerer Strafe verurteilt worden ist. Danach zu urteilen, beruhe die krankhafte Veranlagung des Angeklagten auf einem Erbfehler. Eine ordnungsmäßige Beobachtung werde ergeben, daß nicht ein Verbrecher, sondern ein Geisteskranker vor den Geschworenen stehe, der anderweitig unschädlich zu machen sei.

Frau Anna Schumann, die Ehefrau des Angeklagten, schilderte diesen als einen Mann, der ihr oft Angst eingejagt hat, weil er oft ein komisches Wesen zeige. Er hat sie wiederholt geschlagen und bedroht, wenn sie ihm Vorwürfe über spätes Nachkommen machte. Er ist oft bei geringen Anlässen in gewaltige Wut geraten, wobei seine Augen rollten. Getrunken hat er nicht und auch wenig geraucht. Er wurde sehr leicht jähwütig und schlug dann Gläser und Tassen entzwei usw. — Wie die Zeugin weiter schildert, gehörte die Mutter Schumanns der Mormonen-Sekte an. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey, ob der Angeklagte nicht auch sehr fromm gewesen sei, betonte die Zeugin, daß Schumann sehr häufig in die Kirche gegangen sei. Er habe auf kirchliche Trauungen die Kirche gegangen. Er habe auf kirchliche Trauungen gedungen und in einem Briefe an seine Schwester geschrieben, daß er fest daran glaube, daß wir uns im Himmel alle wiedersehen. Auf seiner Hochzeit durfte auf seine Anwesenheit nicht müßig werden, da die Mutter kurz vorher gestorben war. Auf Veranlassung der Geheimräte Dr. Leppmann und Dr. Stoermer geht die Zeugin auch auf das Sexualleben des Angeklagten ein und schildert, daß er stets eine Frau erst schlagen mußte, um ein zärtlich zu werden. Hierbei benahm er sich aber auch wie ein zartes wildes Tier.

Auf Fragen des Staatsanwalts Dr. Steinbrecher, des Rechtsanwalts Dr. Frey und des Geheimrats Leppmann betonte die Zeugin noch, daß der Angeklagte seinen fröhlichen und glücklichen Menschen habe leben können, er sei häufig plöcklich aus einer Gesellschaft fröhlicher Menschen weggegangen. Somit sei er ein ordentlicher Mensch gewesen, habe stets fleißig gearbeitet und habe ihr, Zeugin, fast seinen ganzen Wochenverdienst abgegeben.

Frau Erdmann, die Tante des Angeklagten, betonte u. a., daß der Vater des Angeklagten wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt wurde. Er habe für seine Familie nie geforgt. Der Angeklagte sei stets ein lieber guter Junge gewesen, der geweiht habe, wenn jemand einer Fliege ein Bein oder einen Flügel austrieß.

Der Zeuge Henkel hat mit dem Angeklagten bei den Kanalarbeiten zusammen gearbeitet und schildert ihn als den fleißigsten Arbeiter der Kolonne, der aber immer still für sich geblieben sei. Einige weitere von Rechtsanwalt Dr. Frey geladene Zeugen machen ähnliche Angaben.

Es wurden noch einige Zeugen vernommen, die Arbeitsgenossen des Angeklagten gewesen sind. Sie betonen die eine Besonderheit, die ihnen bei dem Angeklagten aufgefallen sind. Der Angeklagte hat i. Zt. bei Dreistein u. Koppel gelernt und unterstand dem Schlossermeister Spöhrmann. Auch dieser hat den Eindruck gehabt, daß der Angeklagte einen fürchterlichen Charakter habe. Er hielt sich ganz abseits von den anderen Lehrlingen und schmollte viel in Räucher- und Würderräumen. So daß ihm dies mehrfach verdrödet werden mußte. Zuletzt kam er dem Zeugen nicht ganz normal vor.

Ausführlich wurde der Kriminal-Oberwachtmeister Pahmann vernommen, der die Sache Schumann bearbeitet hat. Vorher fragte der Vorsitzende den Angeklagten: Wollen Sie bei Ihrer gestrigen Behauptung bleiben, daß Sie gemißhandelt worden sind und unter dem Zwange Ihre Geständnisse gemacht haben? Oder haben Sie sich inzwischen beonnen? Angekl.: Ja, muß dabei bleiben, daß ich unter dem auf mich ausgeübten Zwange mich schuldig bekannt habe. R.-A. Dr. Frey: Ich erkläre jetzt schon, daß ich mir vorbehalte, den Wahrheitsbeweis für die Behauptung des Angeklagten zu führen.

Kriminal-Oberwachtmeister Pahmann bestreitet diese Angaben unter keinem Eide. Bei einem Teile der Verbrechen habe Schumann ohne weiteres ein Geständnis abgelegt, andere Fälle hat er konstant bestritten, bis er beweiskräftig überführt werden konnte. Der Zeuge schildert dann, wie er auf die Spur des Angeklagten gekommen ist. Der Zeuge erklärte noch: er habe diese Mordtaten bearbeitet, er habe aber selten einen solchen Ver-

brecher gesehen, der mit solcher Ruhe geantwortet, mit solcher Sicherheit sich auf alle Vorhaltungen erklärt und sich auf die kleinsten Einzelheiten der begangenen Verbrechen erinnert hat, wie Schumann. Er kenne den Angeklagten wie seine Tasche und sei in Uebereinstimmung mit dem Untersuchungsrichter davon überzeugt, daß man einen vollständig geistesklaren Menschen vor sich habe.

Die sodann als Zeugin vernommene Schwester des Angeklagten betonte, daß sie sich mit dem Angeklagten nie habe recht vertragen können. Sie ist von ihm auch öfter geschlagen worden.

Der jetzt 52-jährige Vater des Angeklagten bestätigte auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß er wegen Sittlichkeitsverbrechen wiederholt schwer bestraft worden ist und außerdem mehrfach Strafen wegen Diebstahls und Hehlerei erhalten hat. Er kennt seinen Sohn, der noch klein war, als er sich von seiner Frau getrennt hat, nicht und weiß auch nicht, ob der junge Mann auf der Anklagebank sein Sohn ist. Daß er selbst gern getrunken habe, ist richtig. Hierauf gab Geheimer Medizinalrat Dr. Leppmann eine längere Erklärung ab, und kam zu dem vorläufigen, also noch nicht abgeschlossenen Gutachten, daß der Angeklagte keine gesunde Gehirnanatomie mit ins Leben bekommen hat, das ist das, was die Ärzte verminderte Zurechnungsfähigkeit nennen.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. Störmer stellte nicht einen Antrag nach § 51 St.G.B. Für die Beurteilung des Angeklagten sei das massenhaft vorhandene Material ausreichend. Der Angeklagte sei ein erblich belasteter Mensch und ein Sonderling, der die in Frage stehenden Triebhandlungen launigster Art verübt habe, ohne eigentlich überzeugende Motive dafür zu haben. Auf ihn passe das Wort: „Das Wort Gottes auf den Lippen, das Gebetbuch in der Hand und die Kanäle im Herzen“. In seinem Tun kennzeichnete sich ein gewisses epileptisches Element, jedoch sei § 51 St.G.B. nicht anwendbar. Eine erbliche Belastung liege vor, aber weder eine Bewußtlosigkeit noch ein Dämmerzustand, noch eine krankhafte Veranlagung, die seine Verantwortlichkeit ausschließen würde. Ein gewisses epileptisches Element, mit angeborener Grausamkeit habe ihm die Taten erleichtert.

Geh.-Rat Dr. Strahmann schloß in längerem Gutachten den Ausführungen der Sachverständigen im wesentlichen an. Der Angeklagte habe alle diese Darlegungen mit dem Ausdruck völliger Gleichgültigkeit an.

Nach Erledigung mehrerer Fragen des R.-A. Dr. Frey an die Sachverständigen wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

## Groß-Berlin

### Funktionäre des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg

Seite abend 7 Uhr findet in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18 eine Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre statt.

Tagesordnung:

### Selbständige Betriebsräte-Zentrale oder Betriebsräte-Zentrale der Gewerkschaften?

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht jedem Funktionär unbedingt Erscheinen zur Pflicht.

### Der Dranienburger Bürgermeister suspendiert

Wie wir hören, ist Bürgermeister Dr. Hein vom Regierungspräsidenten seines Amtes entsetzt worden und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird gegen Dr. Hein auch eine Untersuchung wegen der vom Schuldirektor Paarmann aufgestellten Behauptungen, die der letztere inzwischen zu Protokoll gegeben hat, eröffnet werden.

Wir haben neuerzeit unsere Leser darüber unterrichtet, daß die sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen ihre Tätigkeit im Dranienburger Gemeindepalast eingestellt hatten, da der Bürgermeister sich offen auf die Seite der Kappisten gestellt und die Reichswehr herbeigeholt hatte, die u. a. anderen Genossen Schoof verhaftete und ihn auf Veranlassung Dr. Heins auch in der Haft schlicht behandelte. Am Montag fand nun wieder eine Stadtverordnetenversammlung statt, in der ein Stadtverordneter zur Sprache brachte, daß Dr. Hein in der Kapp-Woche den Schuldirektor Paarmann aufgefordert habe, wenn das Militär einrücken werde, ein Gedränge um Schoof herbeizurufen und diesen dann zu erschließen. Auf die entrüstete Frage des Direktors Paarmann, wie man eine solche Handlungsweise mit keinem christlichen Gewissen vereinbaren könne, habe der Bürgermeister darauf hingewiesen, daß das vor Gericht leicht als Notwehr hingestellt werden könne. Der Redner stellte den Antrag, dem Bürgermeister weiterhin das Be-

treten der städtischen Bureaus zu verbieten und die Gehaltszahlungen an ihn einzustellen. Die Demokraten gaben die Erklärung ab, daß sie keinen Augenblick länger mit dem Bürgermeister zusammenarbeiten würden, wenn die Angaben der sozialdemokratischen Redner richtig sein sollten.

Die Gerichtsverhandlung wird zu erweisen, ob diese scharfsinnige Baarmanns auf Wahrheit beruht. Nach allem, was bisher über Dr. Hein bekannt geworden ist, ist die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, und es würde auch in die Area der politischen und ungeführten Morde sehr gut hineinpassen.

### Der betriebsrätefeindliche Magistrat

Wie wir hören, ist verblödetlich „wie üblich“ auch bei der Protestaktion der Angeklagten und Arbeiterchaft des Magistrats Wilmersdorf verurteilt worden, der Angelegenheit eine politische Bedeutung beimessen. Wie blöde diese Bemühungen sind, geht schon daraus hervor, daß an der Aktion auch sehr weit rechts orientierte Gruppenmitglieder teilnahmen, da es jedem ehrlich Denkenden klar war, daß es sich hier nur um eine wirtschaftliche Maßnahme handelte. Die Angelegenheit betrifft der Wächter, welche vom Wächter der Einwohnerwehr übernommen wurden, richtet sich keineswegs gegen die Personen, sondern gegen das ungeheuerliche Vorgehen des Magistrats selbst. Von der Einstellung ist der Betriebsrat nicht in Kenntnis gesetzt worden. Bei dem Abschluß des „besonderen“ Dienstvertrages mit diesen Wächtern ist der Betriebsrat hintergangen worden, trotzdem die Verträge vom Magistrat (gez. Stadtrat Wenzel) getätigt waren. Kämmerer Rohde hat die Eingabe des Betriebsrats vom 28. Juni d. J. um ratenweilen Abzug des Vorordnes trotz der Eile der Magistratsitzung nicht sofort zur Beschlußfassung vorgelegt, sondern unverantwortlicherweise zurückgehalten, ebenso eine weitere Eingabe vom 1. Juli d. J. Entscheidungen über Arbeitsurlaub und andere Angelegenheiten trifft Kämmerer Rohde ganz selbständig, ohne sich vorher mit dem Betriebsrat überhaupt ins Einvernehmen zu setzen. Rückschlüsse des Betriebsrats (durch erfahrenes Personal der Angestellten- und Arbeiterchaft) zur produktiven Arbeitsleistung bleiben ganz unbeachtet.

Aus all diesen Vorgängen hat sich bereits vielfach für die Allgemeinheit ein wesentlicher Schaden ergeben, der ja immer nur von der steuerzahlenden arbeitenden Bevölkerung Wilmersdorfs getragen werden muß.

Die Protestdemonstration wird als vollkommen gelungen bezeichnet. Der Magistrat wird sich wegen der geschwändigen Verletzung des Betriebsrätegesetzes usw. bei den zuständigen Stellen zu verantworten haben.

760 Bezirksverordnete. Jetzt liegen auch sämtliche Wahlergebnisse für die 20 Bezirksversammlungen vor. Danach setzen sich die 760 Bezirksverordneten aus 420 Sozialisten und 340 Bürgerlichen zusammen. Von den 20 Bezirken haben die bürgerlichen Parteien nur in sechs die Mehrheit. Das Verhältnis kann sich aber in einigen Bezirken mit knappen Mehrheiten durch die Zuweisung von Stadtverordneten, die auf der Stadliste gewählt worden sind, noch zugunsten der einen oder der anderen Partei verschieben. Sehr stark sind natürlich die sozialistischen Mehrheiten in Berlin-Weißensee und Friedrichshagen, wo unsere Genossen schon allein die Mehrheit haben, erhebliche Mehrheiten beider sozialistischer Parteien bestehen ferner in Neukölln mit 32 zu 13 bürgerlichen Verordneten, in Treptow mit 20:10, in Köpenick mit 18:12, in Reinickendorf mit 19:11, während im Bezirk 19 (Pankow) das Stimmverhältnis mit 15:15 vorderhand gleich ist. Bezirke mit bürgerlichen Mehrheiten sind: Berlin-Tiergarten mit 23:22 sozialistischen Verordneten, Charlottenburg mit 24:21, Wilmersdorf mit 28:12, Schöneberg mit 29:16, Zehlendorf mit 11:4, Steglitz mit 26:14. Von den 760 Bezirksverordneten entfallen auf die U. S. P. 287, 133 auf die S. P. D., 129 auf die Deutsche Volkspartei, 89 auf die Deutschnationalen, 53 auf die Demokraten, 49 auf die Wirtschaftliche Vereinigung und 23 auf das Zentrum.

Arbeiter-Bildungsschule, Schillerstraße 5-6, Mittwoch abends 6 Uhr Referenten- und Bildungskursus, gleichzeitig Funktionärskonferenz.

Katechese der Groß-Berliner Arbeiterchaft. Der Kursus „Rechtskunde“ (Doz. Genosse Schönbe) nimmt Donnerstag 7/8 Uhr in der Schule hinter der Garnisonkirche, Zimmer 28, seinen Fortgang. Die Hörer des Kursus werden gebeten, sich rechtzeitig dazufinden einzufinden.

Städtische Kunst- und Beschwerdestelle Neukölln. Die von unserer Stadtverordnetenversammlung in Neukölln im alten Rathaus, Berliner Straße 63/64, Erdgesch. Zimmer 463, eingerichtete Kunst- und Beschwerdestelle ist auch an jedem Mittwoch Nachmittags von 5-7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Sprechstunden Stadtverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerchaft in den städtischen Angelegenheiten entgegenzunehmen.

# Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Im ersten Augenblick bin ich verlegen, so unerwartet erklappt worden zu sein, aber gleich darauf trete ich, erfreut einen Menschen zu treffen, auf den Arbeiter zu, blide in dieses breite Gesicht mit den starken Rinnbäden und dem langen, halbgrauen Bart und sage: „Ich sprach bloß mit mir selber, Brüderchen. Ich blidte auf diese zerstörten Häuser und frage, was fällt ihnen bloß ein?“

Der Arbeiter wundert sich weder über mein Verhalten noch über meine Frage. Er zuckt kaum merklich die Achsel: „Glaubst du, sie wissen es selber, die Teufel? Einfach wie Blinde, wie ergrimmte Tiere haben sie aufeinander geschossen. Wer hat da noch daran gedacht, daß dabei eine christliche Seele zugrunde geht?“

„Schlimmer als gegen die Landesfremden haben sie gegenwärtig — und dabei umfaßt er mit einer weit ausholenden Bewegung der Hand die ganze Länge der Straße, wo an vielen Stellen das Trottoir aufgewühlt ist; Erde, Steine, Balken der zerstörten Häuser liegen dort in Haufen, und hemmen den freien Durchgang.“

„Ja, ruft er halb verwundert, halb verurteilend, rückt sich die Hände tief ins Gesicht und sagt: „Ja, muß aber eilen, Brüderchen, laßt es euch gut gehen!“

„Ich gehe weiter, ohne zu eilen. Mit immer zunehmender Aufmerksamkeit betrachte ich die Häuser. Wenn ich eine Straße ohne irgend etwas Zerstörtes sehe, so bin ich schon verwundert. Es kommt mir vor, als seien diese Häuser vergessen, oder für ein anderes Mal aufbewahrt worden, als müßten sie aber unbedingt noch zerstört werden.“

Nun näherte ich mich der Brücke, die über den Fluß führt. Der nicht breite, aber tiefe und schön kanalisierte Fluß in seinen Granitwänden bildete zu Friedenszeiten die Herde der Stadt. Jetzt waren die Ufer an verschiedenen Stellen zerstört und in diesen schwarzen, klaffenden Löchern plätscherte das dunkelgrüne Wasser. Die Oberfläche des Flusses ist jetzt mit einer dichten, weißlichen Nebelschicht bedeckt. Das Wasser rauscht, und der regungslos gelagerte Nebel verstärkt noch das Gefühl der Kälte des ersten Herbstfrosts.

„Ich will über die Brücke aus gegenüberliegende Ufer des Flusses gelangen, aber tragen Schritte kommt mir ein Soldat, das Gewehr geschultert, aus dem Wächterhäuschen entgegen und ruft schon von ferne: „Wohin? Halt!“

Seine Kleidung ist merkwürdig, halb Militär und halb Zivil. An den Füßen trägt er gewöhnliche Stiefel, schwarze lange Beinkleider, während der Mantel, der Beschriftung und die Ringe einer Soldatenuniform angehören und schon ziemlich vertragen sind.

„Gar früh!“ sagt er, wobei er dicht an mich herantritt und betastet mich dabei von allen Seiten mit seinen kleinen Mahelgülein, „vor sieben Uhr ist es verboten, die Brücke zu betreten. Oder solltest du eine Karte besitzen?“

„Karte? Was für eine Karte?“ frage ich, indem ich ihm freundschaftlich zulächle.

„Weißt du denn nicht? Eine aus dem Kommissariat. Aber von welcher Partei bist du eigentlich?“ fragte er plötzlich ruhig geworden, „bist du ein Genosse oder ein Bourgeois?“

„Ich bin selbst in Verlegenheit, ihm darauf zu antworten, was bin ich denn eigentlich? — Ich weiß es selber nicht.“

„Lange bin ich im Kriege gewesen, Brüderchen, siehst du wohl, ich bin eben erst heimgekehrt. Es ist ja nicht möglich, sich sogleich mit den neuen Anordnungen bekanntzumachen.“

„Also an der Front?“ fragte er schon weicher werdend, „auch ich bin ja dort gewesen, es ist nicht zu sagen, was ich für Schrecknisse dort erlebt habe. Die Deutschen haben mich gefangen genommen, ich bin geflohen und dreimal dabei verwundet worden. Es ist einfach ein Hundeleben. Wir warteten, warteten, auf das Ende, und nun...“

Plötzlich unterbricht er seine Rede, vermutlich aus Furcht, daß er sich schon mehr als nötig vor mir verplappert hat. Ich berühre seine Hand mit einer intimen freundschaftlichen Bewegung und frage:

„Und nun?“ Weiter finde ich kein richtiges Wort, um den Sinn meiner Frage auszudrücken. Aber ich merke, daß er meine Frage verstanden hat. Er schüttelt mißbilligend den Kopf, den Blick in die Ferne, auf den mit Nebel bedeckten Fluß gerichtet und sagt, als spreche er nicht zu mir:

„Ist es jetzt denn nicht daselbe Blut? Dasselbe Kreuz ist hier wie dort! Keine Ruhe hat der Mensch, das ist es; Kreuzqual wird dir auferlegt, wofür aber, das weiß kein Mensch.“

„Angstlich forschet der Soldat mir im Gesicht und erwägt, ob er auch nicht zuviel gesagt habe.“

„Ach, Bruder, zwischen hier und dort gibt es keinen Unterschied. Ueberall stehen sich die Menschen wie Tiere gegenüber,“ sagte ich ihm, um seinen Verdacht, daß ich ihn angeblich über verlagene werde, zu zerstreuen. „Auch ich bin erst gestern heimgekehrt, man müßte sich doch eigentlich freuen, aber das gibt es nicht; alle sind vom rechten Weg abgekommen und irren nun umher, ich kann es gar nicht fassen...“

Der Soldat lächelt, er versteht die Wahrheit meiner Worte vielleicht noch nicht klar, aber er fühlt sie, seufzt tief vor Anstrengung, so daß in seinen schläfrigen Augen zwei Tränen blinken, und sagt:

„Ach du menschliches Leben, wie bist du doch so verworren... verwickelt... weißt du, Brüderchen, wenn die Fügel sich manchmal verwickeln, dann ist es aus mit dem Leben, dann brennt das Pferd durch und zerschlägt alles...“

Jetzt beginnt er seine frierenden Hände aneinander zu reiben:

„Ist das eine Hundekälte! Ich bin ganz durchgefroren,“ er blid auf die leichten, durchsichtigen Wolken des Morgennebels, die den weiten Horizont umhüllen, und sagt:

„Der Herbst kommt, ich glaube, wir werden tüchtig frieren müssen.“

In der Ferne ertönen naheinander zwei Schüsse. Zusammenfahrend horcht ich auf, während der Soldat scheinbar ganz ruhig bleibt. Gerade in diesem Augenblick kommt eine Frau auf uns zugefahren und ruft uns, vom schnellen Laufen ganz außer Atem, zu:

„Auch dort hat es jetzt begonnen, Brüderchen, und ich dachte...“ dabei will sie an uns vorüber stürmen, um die Brücke zu betreten; der Soldat versperrt ihr aber den Weg mit dem Gewehrkolben.

„Wohin, wohin? du bist ja gar zu flink!“

„Ich kann nicht anders, mein Lieber, ich muß eilen!“

„Ei, was gibts für Eile?“ sagt der Soldat, schon ein wenig ärgerlich, indem er die Frau aufmerksam, gleichsam betastend mustert.

„Wenn es heißt, es geht nicht, so gehts eben nicht, es ist ja Gesetz, das müßt du doch begreifen.“ Bei dem Worte „Gesetz“ nimmt der Soldat eine wichtige Miene an, und es kommt mir vor, als fühle er schon seine Macht, und als sei er zu einer jeden Grausamkeit bereit, um diese Macht zu äußern.

„Was ist zu machen?“ fragt die Frau, verständnislos die Hände vorwerfend, wobei ihr Gesicht Erstaunen und Bedenken ausdrückt; sodann beginnt sie plöcklich, indem sie die Hände fröstelnd unter die alte Schürze versteckt, zu weinen.

(Fortsetzung folgt.)

